

Wir wissen noch längst nicht genug!

BESPRECHUNG EINER WICHTIGEN NEUERSCHEINUNG

Dorothee Lottmann-Kaeseler

Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne-Praxis-Reaktionen 1938–1945

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 20, 271 S.

Göttingen: Wallstein 2004

Vor 7 Jahren war ich mit einer Gruppe aus Wiesbaden in Lublin, von dort aus unter anderem in Sobibor, dem vermutlichen Ort der Ermordung mehrerer hundert Wiesbadener. Da auch jüdische Geschichte auf unserem Reiseprogramm stand, machten wir Station in Wlodawa – um die Synagoge zu besichtigen. Wlodawa, elf Kilometer nördlich des Vernichtungslagers Sobibor, hatte eine grosse jüdische Gemeinde, zu Kriegsbeginn waren von ca. 10 000 Einwohnern 7 000 Juden. Aber unsere polnischen Freunde, darunter Robert Kuwalek, vermittelten uns 1998 noch nicht, dass sich dort auch eines der vielen Ghettos der Region Lublin für deportierte Juden befand. Auch die Existenz kleiner Arbeitslager rings um Sobibor wurde uns nicht bekannt.

Sicher geht das vielen von uns so: wir verfolgen die Literatur und nehmen neue Forschungsergebnisse wahr, die dann Teil unseres Verständnisses der Einzelheiten der Shoah werden. Die vielen Deportationen mit unterschiedlichsten Zielorten sind schwer überschaubar. Noch weniger wissen wir, wie die Menschen aus ganz Europa dort ihre letzten Lebenswochen verbringen mussten; Überlebende gab es nur sehr wenige. Längst nicht alle Leser des GedenkstättenRundbriefs kannten bislang und kennen heute das komplexe Zusammenwirken von SS, Bahn-Transporten, örtlichen Gegebenheiten und den verschiedenen »Befehlsempfängern« in Ostpolen vor und während der »Aktion Reinhard«.

Erst in den letzten Jahren wurden viele Details aus verschiedenen Perspektiven erforscht und veröffentlicht, die die Abläufe der einzelnen Deportationen, ihre Zwischenstationen und Endpunkte beschreiben und uns vor allem etwas über die Lebenssituation der Deportierten vermitteln. Um solche vielfältigen Ergebnisse an die interessierten Leser zu bringen, die nicht warten wollen, bis *das* Buch zum Thema erscheint, gibt es die Zeitschrift »Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus«, immerhin schon zum 20sten Mal und nun bei Wallstein.

Im Jahre 1933 lebten im Deutschen Reich mehr als 500 000 Personen, die einer jüdischen Gemeinde angehörten. Bereits 1938 hatte es Kollektivausweisungen, Massenverhaftungen und Transporte gegeben. Im Oktober 1938 wurden etwa 17 000 Juden mit polnischen Pässen über die Grenze abgeschoben; nach dem Novemberpogrom gab es die Massentransporte von 30 000 jüdischer Männer in die KZs Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen. Örtliche Listen zur Erfassung aller Juden waren eine Voraussetzung für derartige Zwangsmassnahmen.

Nachdem fast zwei Drittel von ihnen mehr oder minder zwangsweise emigriert waren, lebten 1939 im »Altreich« noch 185 000, in Österreich 66 000 Glaubensjuden – die Zahl der »Rassejuden« nach NS-Kriterien für beide Teile Grossdeutschlands schätzte man auf 340 000.

Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes geben einen Überblick über die langjährige Vorbereitung der Deportationspläne und deren Ausführung. Sie betrachten

den Komplex der Deportation der Juden aus dem »Altreich« 1938–1945« aus einer multiperspektivischen Sicht und bieten eine Fülle von Informationen ganz unterschiedlicher Art und Konsistenz. Das Editorial liefert eine gute Einführung in den Wissens- und Diskussionsstand und setzt sich mit der neueren Literatur auseinander (Longerich, Browning, Gerlach, Mommsen). Auch wenn die theoretische Einordnung anhand der vorliegenden Veröffentlichungen in den einzelnen Beiträgen nicht im Vordergrund steht, kann der Band mit grossem Gewinn gelesen werden. »Gruner vertritt auf der Grundlage von neuen Dokumenten die These, die Deportation aller Juden aus Deutschland sei bereits kurz nach dem Überfall auf Polen beschlossen und auch konkret in Angriff genommen worden. Damit entkoppelt er die Deportationspläne vom Wendepunkt zum Judenmord 1941/1942 und weist auf den genozidalen Gehalt hin, der den Plänen schon 1939/1940 zu eigen war.« (Editorial) Diese These wird sicherlich kontrovers diskutiert werden.

»Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945) Neue Perspektiven und Dokumente«

Wolf Gruner gibt in seinem Beitrag einen Überblick über die Pläne, die Juden aus dem Deutschen Reich und letztlich aus dem gesamten deutschen Herrschaftsbereich zu deportieren und ihre Durchführung. Unter der Federführung des Reichssicherheitshauptamts wirkten Gestapostellen, Reichsbahn und verschiedene andere Institutionen zusammen, nicht selten unter der unmittelbaren Einwirkung Hitlers.

Zahlreiche »kleinere« Massnahmen ab Herbst 1939 werden beschrieben, die wenig bekannt sind ausser vielleicht der Deportation der badischen und Pfälzer Juden (Oktober 1940) nach Gurs im unbesetzten Teil Frankreichs. Schon war Eichmann dabei, Erfahrungen zu sammeln. So wurden bereits im Oktober 1939 Züge aus Wien, Mährisch-Ostau und Kattowitz ins besetzte ostpolnische Nisko am San geschickt, die Juden aus Pommern, vor allem Stettin (Februar 1940) und Schneidemühl (März 1940) in den Distrikt Lublin im Generalgouvernement verschleppt. Es folgten Diskussionen auf verschiedenen Ebenen über Gesamtpläne, Umstrukturierungen und neue Planungen, bis dann im Oktober 1941 viele Tausende Juden in Deutschland und Österreich den Deportationsbefehl erhielten. Die Transporte rollten »nach dem Osten«, wo viele der »Abgewanderten« verhungerten, erfroren, erschossen, vergast oder durch Arbeit zu Tode gebracht wurden.

»Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941–1945).

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen«

Beate Meyer untersucht die Verhaltensweisen regionaler jüdischer Repräsentanten am Beispiel der Städte Frankfurt, Nürnberg und Mainz. Die Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland waren an der Vorbereitung der Deportationen von 1941–1945 beteiligt und auch bei der polizeilichen Organisation der Transporte selbst. Welche Möglichkeiten bestanden für jüdische Funktionäre, menschlichere Verfahren als die Gestapo anzuwenden? Wovon war das lokal abhängig? Die Antworten des Beitrags vermitteln konkrete Einblicke in die jeweils unterschiedliche Deportationsgeschichte der Städte – jede hat ihre eigene. »Die regionalen Akteure konnten versuchen, die Zahl derjenigen, die zusätzlich zur vorgegebenen Deportationsliste als »Schutzhäftlinge« abtransportiert werden sollten, gering zu halten und die allgemeine Atmosphäre zu

beeinflussen, in der die zu Deportierenden ihre letzten Tage oder Wochen am Heimatort erlebten« (Editorial).

»Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941–1943)«

Beate Kosmala hat für ihren Beitrag eine Fülle von Quellen ausgewertet, die Anhaltspunkte für die Gründe des Untertauchens und der Flucht vor der Deportation enthalten. Die Daten stammen überwiegend aus Berlin, wo die grösste Anzahl sowohl den Versuch machten als auch ein Viertel von ihnen letztlich überlebten. Auch wenn im Zeitverlauf differenziert werden muss, da es verschiedene Fluchtwellen gab, ergeben sich doch wertvolle Rückschlüsse auf den Kenntnisstand der deutschen Juden vom Schicksal der bereits Deportierten. »Ob der folgenschwere Schritt in den Untergrund gewagt wurde, hing von vielen Faktoren ab,... der Entschluss, in die »Illegalität« zu gehen, kann nicht monokausal auf Kenntnis oder Unkenntnis des Geschehens »im Osten« zurückgeführt werden. Schliesslich blieb das »Wissen« oft schemenhaft, und das »Nichtwissen« war in manchen Fällen auch Teil einer lebensnotwendigen Verdrängung.« (Editorial)

»Wir werden darüber hinweg kommen« – Letzte Lebenszeichen hessischer Juden

Monica Kingreens Beitrag ergänzt Kosmalas Fragestellung um einen weiteren wichtigen Aspekt, nämlich die Kommunikation zwischen Deportierten und Zurückgebliebenen. »Schon aus den Hilferufen nach lebensnotwendigen Gütern, aus verschlüsselten oder offenen Mitteilungen über den Tod von Leidensgenossen konnten diese schliessen, wie hart die Bedingungen des Ghettolebens und der Zwangsarbeit waren, bis schliesslich keine Nachrichten mehr in die Heimat gelangten. Deutlich wird, dass etliche Juden bis zu ihrer Ermordung glaubten, dass ihre Arbeitsfähigkeit ein Überleben garantieren könnte.« (Editorial).

Kingreens sehr persönliche, oft berührende Quellen sind Abschiedsbriefe vor dem Selbstmord, Postkarten, Briefe, Kassiber sowie Tagebuchaufzeichnungen und Nachkriegsberichte. Es ist erstaunlich, dass es ihr gelingt, so viele Details der Lebenssituation herauszuarbeiten – trotz der Ermordung der allermeisten Deportierten.

»Das kurze Leben im »Osten«. Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht«

Auch die Beiträge von *Monika Kingreen und Robert Kuwalek* erlauben einen vergleichenden Blick auf die Situation der Deportierten, noch dazu aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Die Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen (deutschsprachige Juden, tschechische, slowakische Juden, polnische Juden, nichtjüdische Polen) und die fehlende Solidarisierung in Ghettos und Arbeitslagern, für die Kuwalek zahlreiche Belege auch aus der »oral history« anfügt, lassen sich aus den »deutschen Quellen« bei Kingreen kaum herauslesen.

Detaillierte Informationen über die einzelnen Transporte und das Schicksal der aus den deutschen (und anderen) Städten Deportierten sind dringend erforderlich für die Arbeit vor Ort. Die Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen sei jedem empfohlen! Dem Autor sei Dank für das so dringend erforderliche Überschreiten der Sprachbarrieren, die die Rezeption polnischer Forschung für die meisten Interessierten sehr erschwert. Auf diesem Feld wird hoffentlich weiter gearbeitet, um die vielversprechenden Ansätze zu vertiefen. Allerdings gilt auch hier: die Zeitzeugen leben nicht mehr lange.

Zwei Autoren setzen sich mit der Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen auseinander:

**»Erster Grundsatz: Horten für die Reichsfinanzverwaltung« –
Die Verwertung des Eigentums der deportierten Juden**

Christiane Kuller zeigt in ihrem Beitrag, wie in den letzten Jahren andere vor ihr, auf welche spezifische Weise die Ausplünderungsgeschichte vor Ort – hier am Beispiel Nürnbergs – ablief. »Im arbeitsteiligen Prozess des Judenmords löschten die Beamten der Oberfinanzdirektion die Reste der bürgerlichen Existenz der Deportierten aus, indem sie deren verbliebenes Vermögen in der ›Aktion 3‹ zugunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmten, sobald die Deportierten die Reichsgrenzen überschritten hatten.« (Editorial)

Die letztlich wenigen handelnden Personen (Gauleiter, Polizeipräsident, Oberfinanzdirektor) und deren Einstellung zur Partei und Reich gaben den Ausschlag für ganz unterschiedliche Ergebnisse, z. B. beim Grad der »Privatisierung« des geraubten jüdischen Eigentums und der »Finanzierung« der Polizei als Organisator der Deportationen.

Die Gesamtergebnisse für Bayern, zu der dieses Forschungsvorhaben einen Teilbeitrag liefert, sind noch nicht veröffentlicht. Sie werden das Gesamtbild ergänzen; weite Teile dafür wurden inzwischen mit Publikationen und Ausstellungen für mehrere Bundesländer vorgelegt. So könnte bald eine umfassendere Bewertung erfolgen, die im Einzelbeitrag zu kurz gegriffen bleiben muss.

**»Von der langsamen Entwicklung eines schlechten Gewissens.
Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen (1941–1945)«**

Frank Bajohr beschreibt in seinem Beitrag die Chancen und Risiken, anhand der offiziellen Presse und der politischen und administrativen »Stimmungsberichte« das Wissen und die Bewertung von Deportationen bei den davon nicht unmittelbar Betroffenen zu erfassen. Die Menschen, die die Verfolgung und »Aussiedlung« der jüdischen Nachbarn ablehnten oder gar zur Hilfe bereit waren, mussten schon aus Selbstschutz vorsichtig sein. Ihre Meinung konnte nicht öffentlich geäußert werden, bildet daher auch nur einen geringen Teil der Quellen.

Die differenzierte Betrachtung macht deutlich, dass die Indikatoren für Wahrnehmung und Anteilnahme sich zeitlich verschoben haben. Während der Ausplünderung im Zusammenhang mit den Transporten gab es ein grosses Interesse an Hab und Gut der Deportierten – wie schon vorher bei der »Arisierung« von Firmen und Immobilien.

Wie aus der Literatur über die Briefe von Wehrmachtsangehörigen bereits bekannt ist, veränderte sich aber mit dem ungünstigen Kriegsgeschehen auch die moralische Beurteilung der Judenpolitik. Bajohr schildert diffuse Bestrafungsängste, die sich während der zunehmenden Luftangriffe auf deutsche Städte weiter ausbreiteten. »Angesichts des Kriegsverlaufes machte sich in der Bevölkerung die Furcht breit, im Falle einer Niederlage für das an den Juden begangene Unrecht in Haftung genommen oder selbst in ähnlicher Weise behandelt zu werden.« (Editorial)

Ausserdem enthält der Aufsatzteil das obligate FUNDSTÜCK: Nicholas Terry kommentiert ein hochinteressante Protokoll eines Gespräches zwischen dem schwedischen Geschäftsmann Jacob Wallenberg und dem britischen Botschafter in Stockholm Victor Mallet. Eine grosse Reihe von einschlägigen Rezensionen nehmen die letzten 60 Seiten des Bandes ein.